Wahlprogramm

für den Stadtrat Wasserburg a. Inn, Wahlperiode 2020 - 2026

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
OV Wasserburg am Inn

Weil wir hier leben

Wir gestalten Wasserburg: nachhaltig – gerecht – vielfältig

Vor Ort, in unserer Stadt gestalten wir unser Zusammenleben. Hier legen wir den Grundstein, um gut zu leben – in einer intakten Umwelt und in einem guten sozialen Miteinander. Unsere Kommunalpolitik blickt dabei nicht nur auf das Hier und Jetzt, sondern ermöglicht eine gute Zukunft fu¨r alle.

Bei der Kommunalwahl am 15. März 2020 kommt es auf jede einzelne Stimme an: Für den Schutz des Klimas, für eine gesunde Natur, dafür, dass unsere Kinder gut aufwachsen und alle gut miteinander leben ko¨nnen – ob Frau oder Mann, jung oder alt, alteingesessen oder neuangekommen.

Wir haben die Zukunft im Blick: „Global denken, lokal handeln“ – dieser Grundsatz leitet unser Engagement. Miteinander haben wir es in der Hand, eine gute Zukunft zu gestalten. Weil wir hier leben!

Dieses Wahlprogramm wurde auf der Ortsversammlung von Bündnis 90/Die Grünen, OV Wasserburg am Inn am 22. Januar 2020 einstimmig beschlossen.

(C) Fotos: Christian Stadler

V.i.S.d.P.: Bündnis 90/Die Grünen, OV Wasserburg am Inn, Marienplatz 25, 83512 Wasserburg

Bündnis 90/Die Grünen, Ortsverband Wasserburg a. Inn
Stadtratswahl 2020 für die Wahlperiode 2020 – 2026

Wahlprogramm

Kapitel 1: Stadtentwicklung, Verkehr und Infrastruktur

- Lebensqualität als Maßstab
- Verkehr und Mobilität – mehr als nur das Auto
- Fußgänger- und Radverkehr fördern und stärken
- Verbleibenden MIV optimieren
- ÖPNV / Innere Erschließung und Anbindung ans Umland und die weite Welt
- Städtebau, Siedlungswesen, Nachverdichtung
- Bezahlbarer Wohnraum – Voraussetzung für den Erhalt sozialer Strukturen
- Demografischer Wandel und Barrierefreiheit
- Sanierung und Denkmalschutz
- Natur erhalten, Wasserqualität verbessern, Wälder zukunftsfähig gestalten

Kapitel 2: Stadtwerke / Energiewende / Ver- und Entsorgung

- Klimaschutz als Chance für die Wirtschaft
- Stadtwerke stärken / Neue Betätigungsfelder erschließen
- Echter Ökostrom muss ökologischen Nutzen bringen
- Das Badria zukunftstauglich machen

Kapitel 3: Bildung & Kultur, Familie & Jugend, Senioren

- Kulturstadt Wasserburg
- Kindergärten / Kitas / Schulen / Schulwege
- Integration / Inklusion
- Begegnung braucht Raum
- Senior*innen

Kapitel 4: Wirtschaft und Innovation

- Nachhaltige Entwicklung statt Wachstum um jeden Preis
- Branchenmix breiter aufstellen
- Mittelzentrumsfunktion stärken / Verhältnis Wasserburg & Umlandgemeinden
- Aufenthaltsqualität steigern / Dem Onlinehandel die Stirn bieten
- Mischnutzung fördern / Brachen beleben

Kapitel 5: Bürgerschaftliches Engagement, Information und Transparenz

- Bürgerschaftliches Engagement stärken
- Datenschutz
- Inklusion / Weltoffenes Wasserburg

Kapitel 1: Stadtentwicklung, Verkehr und Infrastruktur

Lebensqualität als Maßstab

Wir möchten eine Stadt mit hoher Lebens- und Aufenthaltsqualität für die Menschen, die in dieser Stadt leben, lernen, arbeiten oder zu Besuch sind. Wir wollen eine Stadt, die bei allen Planungen die Menschen, den Gedanken der Nachhaltigkeit und die städtischen Klimaschutzziele in den Mittelpunkt stellt und den demografischen, kulturellen, soziologischen und energetischen Wandel berücksichtigt. Stadtentwicklung ist deshalb mehr als das Ausweisen von Baugebieten und die sich daraus ergebende Planung von Straßen und Infrastruktur.

Wasserburg kann seine Rolle als Mittelzentrum des nördlichen Landkreises mit hoher Anziehungskraft auch in benachbarte Landkreise hinein nur dann behaupten und ausbauen, wenn es gelingt, die Belange der Wohnbevölkerung, des Handels, der Dienstleister, der Bildungseinrichtungen und der Freizeitangebote miteinander zu vereinen.

Eine gesunde Mischstruktur vor allem in der Altstadt, dem Zentrum unserer Stadt, ist deshalb nicht einfach nur ein Kompromiss, um den verschiedenen Akteuren ihren exakt bemessenen Anteil am Stadtgebiet zuzugestehen. Eine Mischstruktur ist vielmehr Selbstzweck. Wohnen wird durch ein reichhaltiges Angebot an Schulen, Handel, Gastronomie und Kultur in unmittelbarer Nähe ungleich attraktiver und Handel wird durch eine ortsansässige Kundschaft lukrativer. Die verschiedenen Nutzungen sollten also nicht in gefühlter Konkurrenz zueinander stehen, sondern als Teil eines gemeinsamen Ganzen begriffen werden.

Verkehr und Mobilität – mehr als nur das Auto

Im ländlichen Raum wird das Auto immer eine der tragenden Rollen bei der Befriedigung der Mobilitätsbedürfnisse spielen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass man auch in Zukunft den Bedürfnissen des privaten Kfz alles andere unterordnet und sämtliche negativen Auswirkungen des fließenden und ruhenden Autoverkehrs billigend in Kauf nimmt. Im Gegenteil: In einem vielfältigen, flexiblen und vernetzten Mobilitätsangebot gilt es, die umwelt- und sozialverträglichen sowie zukunftsfähigen Alternativen massiv zu stärken und so die Bevölkerung zum Umstieg zu animieren. Die Bedingungen für den dann verbleibenden, motorisierten Individualverkehr sind in Wasserburg bereits heute hervorragend.

Bei begrenztem Platzangebot gilt umso mehr, dass die verschiedenen Verkehrsträger auch in einer Konkurrenzsituation untereinander stehen. In einer Stadt der kurzen Wege soll Fahrrädern und Fußgänger*innen in Zukunft eine weitaus stärkere Rolle und damit ein Mehr an Platz zugestanden werden. Dies ist nur möglich, wenn der Autoverkehr in sensiblen Bereichen eingebremst, zurückgedrängt oder gar ausgeschlossen wird. Ein wichtiger Punkt hierbei ist das subjektive Sicherheitsempfinden. Wo man als Fußgänger*in oder Radfahrer*in um die körperliche Unversehrtheit fürchten muss, gewinnt das Auto an Attraktivität – ein sich selbst verstärkender Effekt. Durch sinnvolle Ergänzungen sollen Lücken im bestehenden Rad- und Fußwegenetz vor allem dort geschlossen werden, wo ein gemeinsamer Mischverkehr mit dem motorisierten Individualverkehr als zu gefährlich angesehen werden muss. In den Wohngebieten und dem Altstadtkern sollen Sicherheit und Aufenthaltsqualität durch spürbare Verkehrsberuhigungen erreicht werden. Im Zuge des von der grünen Kreistagsfraktion erfolgreich initiierten landkreisweiten Radwegekonzeptes soll das Umland auch für Radler*innen durch sichere und benutzerfreundliche Wege gut an die Stadt angeschlossen werden.

Fußgänger*innen- und Fahrradverkehr fördern und stärken

Durch eine verbindliche Fahrradstellplatzsatzung wollen wir den Belangen des Fahrradverkehrs gerecht werden. Sowohl an der Wohnung als auch im öffentlichen Raum, besonders aber auch im Bereich städtischer Einrichtungen sollen Fahrradfahrer*innen eine attraktive und sichere Abstellmöglichkeit für ihr Fahrzeug ebenso vorfinden, wie die notwendigen Ladestellen für E-Bikes, die aufgrund der hiesigen Topographie eine besonders reizvolle Alternative sind.

Statistiken belegen, dass 50% aller Autofahrten in Deutschland kürzer als 5 Kilometer sind, gar 70 % kürzer als 10 Kilometer. Dies sind Distanzen, die in den meisten Fällen auch ressourcenschonend und sozialverträglich mit dem Fahrrad bewältigt werden könnten. Durch den Aufbau eines Lastenradverleihsystems wollen wir eine kostengünstige Möglichkeit für alle schaffen, das Rad auch für Besorgungsfahrten und Transporte weitaus häufiger zu nutzen. Hier kann auch der Einzelhandel durch aktive Nutzung eines solchen Angebotes einen Beitrag zur Entlastung der Altstadt vom Autoverkehr leisten.

Im Durchschnitt stehen Pkw 23,5 Stunden am Tag nur ungenutzt herum und beanspruchen dabei wertvolle Fläche. Die Stellplatzsatzung rüttelt daran nicht, sondern manifestiert diesen Flächenfraß. Sie führt seit Jahrzehnten zwangsweise zu einer autogerechten Stadt und schafft keinerlei Anreize auf privaten Autobesitz zu verzichten.

Auch bei Fußwegen ist eine attraktive, nutzerfreundliche Gestaltung und eine sichere Nutzbarkeit Grundvoraussetzung dafür, unnötigen Autoverkehr zu verlagern. Diese sind möglichst lückenlos herzustellen. Gerade auch bei nur vorübergehenden Beeinträchtigungen, wie z.B. im Zuge von Baustelleneinrichtungen ist immer auf die Belange des Fußgänger*innen- und Radverkehrs und den Erhalt der Barrierefreiheit zu achten.

Änderungen des Mobilitätsverhaltens stellen langfristige Gewohnheiten in Frage. Eine entsprechende Sensibilisierung und Früherziehung bereits im Schulalter ist deshalb für die Zukunft von entscheidender Bedeutung. Mit Projekten wie etwa dem „Bus mit Beinen“, einem begleiteten gemeinsamen Fußweg zur Schule, kann hier dem Trend zum Elterntaxi entgegengewirkt werden.

Verbleibenden motorisierten Individualverkehr (MIV) optimieren

Gerade wenn Mobilitätsbedürfnisse künftig verstärkt zu Fuß, mit dem Rad oder Lastenrad oder dem ÖPNV befriedigt werden können und für die verbleibenden notwendigen Autofahrten auch Carsharing-Angebote wie die der Wasserburger Autoteiler für immer mehr Bürger*innen attraktiv werden, ergeben sich neue Möglichkeiten, den privaten Fahrzeugbestand zu reduzieren. Durch eine Reform der Stellplatzsatzung kann die Schaffung von Wohnraum spürbar günstiger ermöglicht werden und öffentlicher Raum erfährt eine deutliche Aufwertung und Attraktivitätssteigerung.

E-Mobilität ist ein wichtiger Baustein der Verkehrswende. Es reicht jedoch nicht aus, einfach die viel zu vielen mit einem Verbrennungsmotor betriebenen Autos durch viel zu viele E-Autos zu ersetzen und alle negativen Begleiterscheinungen einer autofixierten Verkehrspolitik weiterhin in Kauf zu nehmen. An vorderster Stelle stehen Verkehrsvermeidung und die Verlagerung auf umwelt- und sozialverträglichere Verkehrsmittel. Das Auto wird aber im ländlichen Raum nie ganz ersetzt werden können. Die Stadt sollte deshalb weiter die Lade-Infrastruktur für E-Autos verbessern und auch den eigenen Fuhrpark nach Möglichkeit nach und nach umstellen.

Unnötiger Parksuchverkehr sollte vermieden werden. Eine Erhöhung des Stellplatzangebotes, insbesondere in der Innenstadt, ist jedoch aus Platzgründen und auch aufgrund des Erscheinungsbildes nicht möglich und auch nicht wünschenswert. Um die bestehenden Stellplätze effektiver zu nutzen und um unnötige Verkehrsbehinderungen zu vermeiden, ist eine konsequentere Verkehrsüberwachung erforderlich. Rechtsfreie Räume darf es hier nicht länger geben.

ÖPNV – innere Erschließung und Anbindung ans Umland und die weite Welt

Rückgrat einer umweltverträglichen, sozialverträglichen und generationengerechten Mobilität ist ein zuverlässiger und attraktiver ÖPNV. In einem Mittelzentrum, welches auf Dauer nur im Wechselspiel und bei gegenseitigem Nutzen mit seinen Umlandgemeinden funktionieren wird, kann eine einzelne, im Stundentakt bediente Stadtbuslinie nicht der Weisheit letzter Schluss sein.

Im Gegensatz zur autogerechten Siedlungsentwicklung, die Handel und Wohnen auf der dann nicht mehr grünen Wiese und den damit verbundenen Flächenfraß fördert, verbindet und belebt ein benutzerfreundlicher ÖPNV die Ortszentren. Ein wichtiger Bestandteil vernetzter Mobilität sind Umsteigepunkte in zentraler Lage. Wir setzen uns deshalb nicht nur nach wie vor für den Erhalt und die Reaktivierung der Altstadtbahn ein, sondern wollen auch erreichen, dass über den vorerst anvisierten, rein touristischen Verkehr hinaus, der Altstadtbahnhof baldmöglichst auch wieder in den allgemeinen SPNV (Schienenpersonennahverkehr) eingebunden wird – auch als Umsteigepunkt zu den regionalen Buslinien oder gar eines künftigen Umlandbusnetzes.

Unser Ziel ist es, auch außenliegende Stadtteile und die umliegenden Gemeinden optimal an die Stadt Wasserburg und ihre Bahnhöfe anzubinden. Die im Integrierten Stadtentwicklungskonzept (ISEK) vorgeschlagene Erweiterung des Stadtbusnetzes auf die Nachbargemeinden ist hierzu der richtige Ansatzpunkt.

Auf Landkreisebene muss sich die Stadt für die Umsetzung der mit dem neuen Nahverkehrsplan beschlossenen Verbesserungen einsetzen. Die Stadt Wasserburg ist Mittelzentrum mit einem Einzugsbereich, der weit in die benachbarten Landkreise Ebersberg, Mühldorf und Traunstein hineinreicht. Insbesondere die Verbesserungen der landkreisübergreifenden ÖPNV-Verbindungen sind für die Stadt von zentraler Bedeutung.

Städtebau, Siedlungswesen, Nachverdichtung

Gerade in Wasserburg, gleichzeitig sowohl eine der bevölkerungsreichsten als auch flächenmäßig kleinsten Gemeinden des Landkreises, ist der behutsame Umgang mit Grund und Boden von elementarer Bedeutung. Die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum sollte also immer der Prämisse „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ folgen. Eine verträgliche Nachverdichtung und die Reaktivierung von Wohnungsleerständen müssen daher Vorrang haben. Bei Neuausweisungen muss nicht nur auf eine kompakte und platzsparende Bauweise, sondern auch auf eine möglichst effektive Anbindung an bestehende Infrastruktur geachtet werden.

Die Kernzonen in den einzelnen Stadtteilen wie z.B. dem Burgerfeld oder Reitmehring sollen so weiterentwickelt werden, dass sie nicht nur Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf bieten, sondern auch Begegnung und Kommunikation der Bewohner fördern.

In die Stadtentwicklung sollen stärker als bisher auch der demografische Wandel und die bestehende Sozialstruktur einfließen. Hier werden von der Stadt bereits die ersten wichtigen Schritte unternommen. Die Beauftragung einer kommunalen Demografieanalyse, möglichst zusammen mit den am gemeinsamen Flächennutzungsplan (FNP) beteiligten Nachbargemeinden, soll wichtige Erkenntnisse für die anstehende grundlegende Überarbeitung des FNP liefern. Wir halten darüber hinaus ein kommunales Leerstandskataster für eine weitere wichtige Grundlage, um mögliche Reserven bei der Nachverdichtung und Wohnraumreaktivierung zu erkennen.

Durch den Umzug des RoMed-Krankenhauses an den neuen Standort in Gabersee stehen in absehbarer Zeit größere Konversionsflächen am bisherigen Standort zur Verfügung. Die Stadt muss zusammen mit dem Landkreis als Eigentümer dieser Flächen Modelle entwickeln, wie hier kostengünstig und platzsparend Wohnraum geschaffen werden kann. Neben Aktivitäten der Stadt bzw. der Hl.-Geist-Spitalstiftung und der Landkreiswohnbaugesellschaft sind hier auch Kooperationen mit der Gemeinnützigen Wohnbaugesellschaft oder auch privaten Bauherrengenossenschaften denkbar.

Bezahlbarer Wohnraum – Voraussetzung für den Erhalt sozialer Strukturen

Wir möchten eine soziale Stadt mit guten Bildungseinrichtungen, kulturellen Angeboten, Freiräumen für Jugendliche, Betreuungseinrichtungen für Kinder und Senior*innen. Eine soziale Stadt setzt Kommunikation über Generationen sowie soziale und kulturelle Grenzen hinweg voraus. Kommunikation wiederum setzt Platz zur Begegnung voraus. Eine wirklich soziale Stadt braucht deshalb Wohnraum für alle in allen Stadtteilen. Die Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum wird eine der großen Herausforderungen. Wasserburg muss auch in Zukunft eine Stadt bleiben, in der es sich jeder leisten kann, in dem jeweils bevorzugten Stadtteil zu leben.

Kliniken und Pflegeeinrichtungen gehören zu den größten Arbeitgebern im Stadtgebiet. Hier sind die Verdienstmöglichkeiten beschränkt, die Einrichtungen stehen mit den entsprechenden Einrichtungen anderer Regionen im Konkurrenzkampf und die Gewinnung von Fachkräften. Deshalb müssen wir darauf achten, dass Wohnraum für alle Bevölkerungsschichten und insbesondere auch für Familien verfügbar bleibt. Einer Gentrifizierung einzelner Stadtteile wollen wir entschieden entgegentreten.

Demografischer Wandel und Barrierefreiheit

Auf dem Gebiet der Stadt Wasserburg befinden sich zahlreiche Einrichtungen des Gesundheitswesens sowie für Senior*innen und Menschen mit Behinderungen. Dies und die Folgen des demografischen Wandels stellen Wasserburg vor große Herausforderungen. Wenngleich in den letzten Jahren schon vieles erreicht wurde, sind doch noch einige Baustellen offen – nicht nur in der Altstadt, wo oftmals der sehr beengte Platz schnelle und zu 100% barrierefreie Lösungen erschwert. Auch in den Wohngebieten spielte Barrierefreiheit beim Bau von Gehwegen und anderen Infrastruktureinrichtungen noch kaum eine Rolle. Von der Barrierefreiheit profitieren aber nicht nur Menschen mit Handicap, sie dient unterm Strich allen, z.B. auch Eltern mit ihren Kindern.

Sanierung und Denkmalschutz

Sanierungen zahlreicher bestehender Gebäude sind nicht nur in energetischer Hinsicht, sondern auch im Hinblick auf die erforderliche Barrierefreiheit unumgänglich. Hierbei kommt es in vielen Fällen zu Konflikten mit dem Denkmalschutz. Wir GRÜNE stehen für einen fairen Ausgleich zwischen den Interessen.

Das historische Altstadtensemble ist unbestritten das Aushängeschild Wasserburgs, Anziehungspunkt für zahlreiche Gäste und identitätsstiftend für die Bewohner*innen. Dieser hohe Standard ist so gut es geht zu bewahren und wenn möglich zu verbessern. Mit der Bau- und Werbeanlagensatzung und dem kommunalen Denkmalschutzkonzept wurden hier große Schritte unternommen. Umso wichtiger wird es sein, hier auch konsequenter zu handeln, als dies in der Vergangenheit oft der Fall war.

Die Belange des Denkmalschutzes machen jedoch Sanierungen oft aufwändig und teuer, gleichzeitig erschweren sie eine energetische Sanierung. Die Refinanzierung dieser Kosten hängt wesentlich von einer guten Vermietbarkeit der Wohnungen und Geschäfte ab. In Zeiten steigender Energiepreise spielen hier auch die Nebenkosten eine große Rolle. Gerade für Senior*innen sind Wohnungen in zentraler Lage aufgrund der kurzen Wege und sozialer Bindungen attraktiv. Senior*innen sind allerdings oftmals auf eine barrierefreie Umgebung angewiesen. Wenn die Belange des Denkmalschutzes hier wirtschaftlich tragfähige Lösungen verhindern, bleiben notwendige Sanierungen aus, was auch dem Denkmalschutz auf Dauer eher abträglich ist.

Wenn die Bau- und Werbeanlagensatzung diesen fairen Interessensausgleich behindert, würden wir uns auch für Korrekturen einsetzen. Abweichungen von der Satzung dürfen aber nur der energetischen Sanierung oder der Barrierefreiheit dienen, keinesfalls dürfen Stilbrüche der Hintergrund für eventuell beabsichtigte Gewinnmaximierungen von Bauträgern sein.

Natur erhalten, Wasserqualität verbessern, Wälder zukunftsfähig gestalten

Obwohl dicht besiedelt und nicht groß an Fläche kann Wasserburg auch einen nicht geringen Anteil ökologisch hochwertiger Flächen ausweisen. Den unbebauten Flächen kommt eine große Bedeutung für die Naherholung der Bevölkerung zu.

Erholung in einer intakten Natur ist aktive Gesundheitsvorsorge und wesentlicher Bestandteil einer attraktiven und lebenswerten Stadt. Doch muss es darüber hinaus auch Rückzugsräume für Pflanzen und Tiere geben, in denen der reine Freizeitwert hinter der ökologischen Bedeutung zurücktritt. Der Erhalt der Artenvielfalt, auch durch den Verzicht auf chemische Schädlingsbekämpfung in der Land- und Forstwirtschaft sowie im Straßen- und Wegeunterhalt, die Weiterentwicklung der Biotopvernetzung und der Schutz der Gewässer sind daher vordringliche Aufgaben Grüner Kommunalpolitik.

Die städtischen Flächen, Wälder und Gewässer sollen daher umweltverträglich und nachhaltig bewirtschaftet werden. Wir wollen mehr Lebensraum für Insekten, Bienen, Schmetterlinge und Vögel in Wasserburg schaffen mit Blühwiesen und artenreichen Wegrändern.

Unser Trinkwasser, das Lebensmittel Nummer 1, muss sauber, bezahlbar und in kommunaler Hand bleiben. Nitrate und Pestizide in unseren Gewässern und im Trinkwasser müssen weiter reduziert werden, die bisherigen Massnahmen zur Verbesserung der Wasserqualität müssen konsequent weiterverfolgt werden. Gleichzeitig sollen Möglichkeiten zur Modernisierung der Kläranlagen geprüft werden, um den Eintrag von Mikroschadstoffen, Arzneimitteln oder multiresistenten Keimen zu senken. Wir Wasserburger GRU˙ NE kämpfen für den Schutz von Natur und Umwelt, um Erholungsräume und intakte Okosysteme heute und morgen zu erhalten, damit wir unseren Kindern gesunde Böden, sauberes Wasser und reine Luft hinterlassen können.

Die geplante DKI-Deponie in Odelsham, in unmittelbarer Nähe zur Stadt Wasserburg lehnen wir weiterhin ab. Wir wünschen uns auch von der Stadt Wasserburg diesbezüglich eine aktivere Rolle.

Die ersten Vorboten des vom Menschen verursachten Klimawandels sind derzeit spür- und sichtbar und haben große Auswirkungen auf die Wälder. Die Bewirtschaftung der städtischen Waldflächen erfolgt bereits seit längerer Zeit unter nachhaltigen Gesichtspunkten. Die Folgen des Klimawandels (längere Trockenperioden, Vermehrung von Schädlingen) stellen jedoch auch für die Mischwaldbestände eine große Herausforderung dar. Verbreitete Baumarten wie die Fichte werden künftig nur noch eine untergeordnete Rolle spielen. Auch bislang als robust geltende Laubbaumbestände müssen neuerdings als gefährdet gelten.

Als taugliche Strategie für einen klimatoleranten Wald der Zukunft gelten Mischwälder mit einem deutlich höheren Anteil an Laubbäumen, darunter neben Gastbäumen auch selten gewordene heimische Baumarten, die mit den künftigen klimatischen Anforderungen besonders gut zurechtkommen.

Kapitel 2: Neue Energie für Wasserburg

Klimaschutz als Chance für die Wirtschaft

Wir Wasserburger GRÜNE begreifen die Herausforderungen, die sich aus dem globalen Klimawandel und steigenden Energiepreisen ergeben, als Chance für die weitere Entwicklung unserer Stadt.

So eröffnen z.B. Investitionen in Energieeinsparung und regenerative Energieerzeugung die Möglichkeit, gleichzeitig neue qualifizierte Arbeitsplätze in Wasserburg zu schaffen und die regionale Wirtschaft zu stärken. Mit eigenen Stadtwerken hat Wasserburg auch gute Voraussetzungen, die Energiewende selbst zu gestalten und nachhaltige und rentable Projekte zügig umzusetzen.

Die im Jahr 2008 vom Stadtrat selbst formulierten Klimaschutzziele (80% CO_2-Einsparung bis zum Jahr 2050) wurden seitdem nicht mit dem nötigen Nachdruck verfolgt, das für das Jahr 2020 gefasste Zwischenziel von 40% CO_2-Einsparung folgerichtig um Längen verfehlt. Diese genannten Ziele orientierten sich an den Meseberger Beschlüssen der damaligen schwarz-roten Bundesregierung aus dem Jahr 2007.

Die Weltgemeinschaft hat sich mittlerweile im Übereinkommen von Paris 2015 dazu bekannt, die globale Erwärmung auf unter zwei Grad Celsius und möglichst unter 1,5 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu beschränken. Ziel ist es, die negativen Auswirkungen des Klimawandels zu begrenzen.

Die deutsche Klimaschutzpolitik ist mit der europäischen eng verbunden. Das Energiekonzept von 2010 und der 2016 beschlossene Klimaschutzplan 2050 legen für Deutschland ein Minderungsziel von 55 Prozent bis 2030 gegenüber 1990 fest. Bis 2050 soll in Deutschland, orientiert am langfristigen Minderungsziel des Pariser Übereinkommens, weitgehende Treibhausgasneutralität erreicht werden.

Vor diesem Hintergrund sind auch die Wasserburger Klimaschutzziele neu und damit ehrgeiziger zu formulieren und endlich mit dem notwendigen Nachdruck zu verfolgen. Der „Energiedialog Wasserburg 2050“ sollte grundsätzlich neu aufgestellt werden, um seiner ursprünglich angedachten Aufgabe endlich gerecht zu werden.

Wir streben für Wasserburg eine Energieversorgung an, die vollständig auf der Nutzung erneuerbarer Energien beruht. Dazu gilt es zunächst, den aktuellen Energieverbrauch deutlich zu senken. Die wichtigste 'Energiequelle' ist der effiziente Einsatz von Energie. Viele Maßnahmen zur Energieeinsparung rechnen sich bereits unter den aktuellen Bedingungen sehr gut. Sie müssen in Wasserburg nur systematisch identifiziert und konsequent umgesetzt werden.

Stadtwerke stärken – neue Betätigungsfelder erschließen

Für die Stadtwerke könnten solche Projekte zudem ein neues, wirtschaftlich tragfähiges Standbein werden. Der Betrieb von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen und der Aufbau von Nahwärmenetzen sind weitere Möglichkeiten zum effizienteren Umgang mit Energie. Auch hier bestehen in Wasserburg große Potentiale und die Stadtwerke wären der natürliche Partner für die Umsetzung solcher Projekte.

Insbesondere für die Altstadt sind intelligente Lösungen für die zukünftige Energieversorgung gefragt. Ein Viertel aller Wasserburger Gebäude stehen dort und können aufgrund von Denkmalschutzauflagen nur eingeschränkt energetisch saniert werden. Altstadtwohnungen werden daher langfristig deutlich mehr Heizenergie verbrauchen als Wohnungen in anderen Stadtteilen. Damit Wohnen in der Altstadt bei weiter steigenden Energiepreisen erschwinglich bleibt, muss ein geeignetes Energieversorgungskonzept entwickelt werden.

Bundesweit hat der Verkehrssektor einen Anteil von rund 20% am gesamten CO_2-Ausstoß. Während fast alle anderen Sektoren (Energiewirtschaft, Industrie, private Haushalte etc.) ihren Ausstoß zumindest geringfügig senken konnten, wird diese Einsparung durch die steigenden Emissionen des motorisierten Individualverkehrs zumindest teilweise wieder zunichte gemacht.

Aufgrund der starken Verkehrsbelastung sieht diese Bilanz in Wasserburg sicher nicht besser aus. Daher sollten auch CO_2-neutrale Mobilitätsangebote (Lastenrad- und E-Bikeverleih) zu neuen Standbeinen der Stadtwerke werden.

Bei der Nutzung erneuerbarer Energien bestehen in Wasserburg ebenfalls gute Möglichkeiten. So wäre es z.B. sehr naheliegend, mit dem in den städtischen Wäldern anfallenden Restholz kommunale Gebäude zu beheizen. Auch Bioabfälle könnten in Zukunft energetisch und stofflich genutzt werden.

Um die nötigen Investitionen zügig realisieren zu können, vertrauen wir nach wie vor auf das Engagement der Wasserburger Bürger*innen. Sie sind bereit, vor Ort in die Energiewende zu investieren. Das zeigt z.B. die ungebrochen hohe Nachfrage nach Beteiligungsmöglichkeiten an Bürgersolaranlagen und der Bereitschaft zum Anschluss an eine geplante Nahwärmeversorung in der Altstadt. Wir möchten den Bürger*innen die Möglichkeit geben, ihre Energieversorgung selbst in die Hand zu nehmen. Auch hier könnten beispielsweise die Stadtwerke entsprechende Beteiligungen anbieten.

Echter Ökostrom muss ökologischen Nutzen bringen

Das Engagement der Wasserburger Bürger*innen zeigt sich auch beim Wechsel auf Ökostrom. In der Absicht, mit dem Bezug von Ökostrom der Umwelt etwas Gutes zu tun, nehmen sie nach wie vor auch teilweise spürbare Preisunterschiede in Kauf.

Die Stadtwerke kaufen immer noch Öko-Strom ein, welcher vom TÜV-Süd zertifiziert ist. Zwar stammt dieser nachweislich zu 100% aus erneuerbaren Energien, allerdings führt der Bezug dieses Stroms nicht unmittelbar zu einem weiteren Ausbau der erneuerbaren Energiegewinnung. Im Gegensatz zu anderen Ökostrom-Zertifikaten können hier auch Energiekonzerne zertifiziert werden, die gleichzeitig am Betrieb oder Neuplanungen von Atom- oder Kohlekraftwerken beteiligt sind. Der von verantwortungsbewussten Endverbrauchern eigentlich gewünschte zusätzliche ökologische Nutzen wird auf diese Weise stark relativiert.

Wir GRÜNE treten deshalb dafür ein, dass unsere Stadtwerke in Zukunft nur noch solchen Ökostrom einkaufen, bei dem durch eine entsprechende Zertifizierung (z.B. dem Gütesiegel „OK-Power“ oder „Grüner Strom Label“) gewährleistet ist, dass der Stromerzeuger im gleichen Maße seine Energieerzeugungskapazitäten für Ökostrom erhöht und auch nicht an Atom- oder Kohlestromerzeugung beteiligt ist.

Aufgrund der ohnehin geringer werdenden Preisspanne zwischen Öko- und konventionellem Graustrom sollten die Stadtwerke möglichst bald den Weitervertrieb von Strom, welcher nicht aus erneuerbaren Energien stammt, zugunsten eines reinen Ökostromangebotes aufgeben.

Entsprechend muss auch bei der noch relativ jungen Kooperation mit der ESB zum Gasvertrieb darauf gedrängt werden, das bisher nur aufgrund eines Zertifikatehandels als „klimaneutral“ zertifizierte Gas z.B. durch Biogas zu ergänzen und langfristig zu ersetzen.

Wir sind der Meinung, dass in Wasserburg in Zukunft bei den Themen Energieversorgung und Energieeinsparung wesentlich mehr möglich ist als bisher. Sehr guten Chancen stehen hier nur geringe Risiken gegenüber. Wir wollen Wasserburg hier voranbringen und die zukünftige Energieversorgung nachhaltig und wirtschaftlich gestalten. Das erforderliche Engagement und den Gestaltungswillen bringen wir mit.

Das Badria zukunftstauglich machen

Das Sport- und Freizeitzentrum Badria ist eine wichtige Infrastruktureinrichtung der Stadt und trägt zur Familienfreundlichkeit bei. Die bereits durchgeführten Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung haben sich teilweise als sehr erfolgreich erwiesen, andere (z.B. der Saunagarten) waren in ihrer Dimension nicht angemessen. Für die nähere Zukunft ist eine grundlegende Sanierung oder gar ein Neubau des großen Freibeckens unausweichlich. Wir werden hier und bei allen weiteren Maßnahmen auf ein ausgewogenes Verhältnis von Aufwand, Ertrag und energetischem Nutzen zu achten haben.

Wie jede öffentliche Einrichtung dieser Art schreibt auch das Badria rote Zahlen. Diese Defizit kann schon länger nicht mehr durch Gewinne beim Stromvertrieb und Nebengeschäften aufgefangen werden. Das Badria wurde so zum Klotz am Bein der Stadtwerke und Hemmschuh für die oben beschriebenen Aktivitäten im Bereich Energie und Klimaschutz. Künftig soll dieses Defizit wieder auf die Stadt (rück-)übertragen werden. Dennoch sehen wir es – auch im Hinblick auf den städtischen Haushalt und die von der Stadt zu erfüllenden Aufgaben – als vordringliche Aufgabe, sowohl durch möglich Einsparungen im Betrieb, als auch durch gesteigerte Erlöse eine Minimierung des Defizits zu erreichen. Unausweichliche Preissteigerungen durch Einführung von Rabatten für Stromkund*innen der Stadtwerke abzumildern oder gar auszugleichen halten wir nach wie vor für ein probates Mittel, das auch der Kundenbindung im umkämpften Strommarkt dienen kann.

Kulturstadt Wasserburg

Das kulturelle Angebot im Bereich der Stadt wollen wir GRÜNEN weiter stärken, fördern und ausbauen. Durch die Förderung kreativen Engagements und den Ausbau eines kulturellen Bildungsangebotes wollen wir mehr Bürger*innen ermöglichen, sich aktiv und passiv einzubringen und vorhandene Möglichkeiten kennen oder nutzen zu lernen.

Vor allem Kindern, Jugendlichen, Menschen mit wenig Einkommen oder Menschen mit Migrationshintergrund wollen wir den Zugang zu kulturellen Angeboten ermöglichen bzw. erleichtern – z.B. durch das Vorhalten von vergünstigten Eintrittskarten für Kulturveranstaltungen der Stadt für diese Personenkreise. Durch geeignete und erweiterte Angebote im Bereich des Sports, der Unterhaltung und sonstiger freier kreativer Angebote können wir für sie zudem die Attraktivität des Stadtlebens nachhaltig erhöhen.

Nachhaltig attraktive kulturelle Einrichtungen bedürfen aber auch einer passenden Infrastruktur und erfordern entsprechende Werbemaßnahmen zur Sicherung des Angebots.

Eine lebendige, lernfähige und zukunftsorientierte Stadt braucht eine starke kulturelle Infrastruktur, kulturelle Teilhabe, kulturelle Bildung und eine aktive Kulturpolitik. Die Kreativen in unserer Stadt leisten einen großen Beitrag zum Ansehen unserer Stadt. Viele selbständige Künstler*innen und andere Kreative müssen mit einem Einkommen knapp über dem Existenzminimum zurechtkommen. Neben den etablierten Kulturinstitutionen möchten wir deshalb die freien Initiativen und Projekte stärker unterstützen und besonders den Nachwuchs fördern.

Unser Ziel ist es, dass noch mehr Menschen in die kulturellen Räume wie Theater, Konzerte, Kino, Museen und in die Bibliothek kommen. Dazu gehört eine Angleichung der Öffnungszeiten an den Bedarf der Bürger*innen, sowie die Ausweitung von attraktiven und wechselnden Angeboten für Familien und Kinder. Wir treten für die Unterstützung regionaler kultureller Infrastruktur, wie des örtlichen Buchhandels, des Kinos und des Jugendzentrums ein. Besonders den Bereich der Kinder- und Jugendkultur, sowie der Subkultur möchten wir noch mehr fördern.

Kindergärten, Kitas, Schulen, Schulwege

Wasserburg als Schulstadt muss die Voraussetzungen schaffen, attraktive Bildungsangebote im bayerischen Schulsystem anzubieten, zu unterstützen und auszubauen. Dabei sollte die Stadt sich ihrer Vorbildwirkung bewusst sein. Die Zusammenarbeit mit den benachbarten Kommunen in der Region und dem Landkreis bei Grund- und Mittelschulen sowie anderen weiterführenden Bildungseinrichtungen ist auszuweiten.

Beim Transport der Schüler*innen sollen unnötige Wege unbedingt vermieden und die örtlich vorhandenen verkehrstechnischen Ressourcen optimiert angepasst werden. Insbesondere beim innerstädtischen Verkehr muss darauf geachtet werden, dass Rad- und Fußwege sicher und attraktiv für die Schüler*innen sind. Außerdem wollen wir die Grundschulen dabei unterstützen Elternnetzwerke zur gemeinsamen, fußläufigen Begleitung von Grundschüler*innen zur Schule zu bilden („Bus mit Beinen“). Eine Wiedereinbeziehung der Altstadtbahn in die Planungen ist wegen der dringend nötigen Verkehrsentlastung, v.a. in den Stoßzeiten, unumgänglich.

Die Grundschulen der Stadt sollen bei der Einführung und dem Erhalt von offenen und gebundenen Ganztagsangeboten weiter unterstützt werden. Der Neubau der Turnhalle an der Grundschule am Gries, bevorzugt zusammen mit dem Landkreis als Träger der benachbarten Förderschule, muss mittelfristig eingeplant werden.

Im Rahmen der weiteren Planungen im Bereich städtischer Kindergärten sollte verstärkt Wert auf Angebote mit familienfreundlichen Buchungszeiten gelegt werden. Zudem wollen wir dafür sorgen, dass ausreichend Plätze in den Krippen und Kindergärten vorgehalten werden. Im Zuge dessen muss auch der dafür erforderliche Mitarbeiter*innenschlüssel in den Fokus gerückt werden. Zusätzlich soll geprüft werden, ob Anreize für die Attraktivitätssteigerung der Stellen geschaffen werden können. Voraussetzungen für gemeinsame Projektierungen mit den Grundschulen sollen geschaffen oder ausgebaut werden.

Ein Mittelzentrum wie Wasserburg braucht ein attraktives Schulangebot, um in der Region für bestens ausgebildeten Nachwuchs sorgen zu können. Die Stadt muss eine aktive Führungsrolle im Mittelschulverbund ‚Wasserburger Land' übernehmen, da Bereiche der Klassenbildung vor Ort auch in den kommunalen Kompetenzbereich fallen. Entscheidungen in Wasserburg können nicht unabhängig von der Situation an den anderen Verbundschulen Edling, Eiselfing, Rott und Schnaitsee gesehen werden. Zudem sollten mittelfristige Planungen es ermöglichen, dass eine Zusammenarbeit der weiterführenden Schulen vor Ort gewährleistet ist. Schulversuche diesbezüglich werden wir unterstützen.

Bildungseinrichtungen im Bereich der Stadt haben eine besondere Bedeutung für die regionale Entwicklung. Familienfreundlichkeit, gute Verkehrsanbindungen, Sicherheit und arbeitnehmerfreundliche Angebote auch für alleinerziehende Elternteile sind unerlässlich. Wasserburg ist derzeit weitgehend gut aufgestellt. Dennoch sollte geprüft werden, ob eine Ausweitung des Ganztagsangebots im Bereich der Grundschule Reitmehring möglich ist. Die Unterstützung von einkommensschwachen Familien ist uns dabei ein großes Anliegen. Zudem ist uns eine Versorgung der Bildungseinrichtungen mit bio-regionalen Lebensmitteln sehr wichtig. Dafür wollen wir Anreize schaffen und so gleichzeitig unsere Kinder an eine gesunde und nachhaltige Lebensweise heranführen.

Integration / Inklusion

Alle Bürger*innen sollen gleichberechtigt und ohne Barrieren am städtischen und gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Wir wollen ausreichend Unterkünfte und niederschwellige Hilfsangebote für Familien und obdachlose Menschen schaffen. Bei den neu zu besetzenden städtischen Stellen soll auf Gleichberechtigung geachtet werden. Dafür wünschen wir uns die Schaffung einer Stelle für eine Gleichstellungsbeauftragte. Barrierefreiheit muss das oberste Ziel sein – bei der Zugänglichkeit von Gebäuden, beim Straßen- und Wohnungsbau. Wir wollen barrierefreie Webseiten schaffen, Informationen sollen immer auch in leichter Sprache veröffentlicht werden, außerdem soll die Zugänglichkeit von Informationen in Gebärdensprache gewährleistet werden. Zudem wollen wir die interkulturelle Öffnung vorantreiben und setzen uns für die Entwicklung und Umsetzung eines gesamtheitlichen Integrationskonzepts ein.

Begegnung braucht Raum

In der Wasserburger Altstadt gibt es mehrere verkehrsberuhigte Straßen, in denen es Kindern erlaubt ist zu spielen und Fußgänger*innen Vorrang haben. Die Stadt muss dafür Sorge tragen, dass diese Nutzung durch entsprechende Maßnahmen in der Realität möglich wird. Für Senior*innen und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen sollen ausreichend und attraktive Sitzmöglichkeiten in der Stadt geschaffen werden. Jugendliche brauchen Treffpunkte, öffentliche Plätze und Räume zur Entfaltung, welche wir ausbauen und fördern wollen. Außerdem wollen wir die Möglichkeiten und Angebote zur sportlichen Betätigung innerhalb der Stadt erweitern, um Begegnung auch im sportlichen Bereich Raum zu bieten.

Senior*innen

Die meisten Menschen wollen in ihrem gewohnten Umfeld alt werden. Dafür bedarf es verschiedener Wohn- und Versorgungsformen, wie betreutes Wohnen, Wohnen in Mehrgenerationenhäusern und angemessene Betreuungsangebote zu Hause. Diese Versorgungsformen wollen wir mehr in den Fokus rücken und ausbauen. Wir setzen uns für inklusive Angebote ein und wollen, dass Senior*innen in alle gesellschaftlichen Bereiche eingebunden bleiben. Der Erfahrungsschatz und das breite Engagement unserer Senior*innen für die Gesellschaft sind von unschätzbarem Wert. Außerdem wollen wir generationenübergreifende Treffpunkte schaffen, die der zunehmenden Vereinsamung entgegenwirken sollen.

Nachhaltige Entwicklung statt Wachstum um jeden Preis

Das Motto „Wachstum um jeden Preis“ hat ausgedient. Eine zeitgemäße Entwicklung der Wirtschaftsbetriebe berücksichtigt Anforderungen des Natur- und Umweltschutzes, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die demografische Entwicklung. Wirtschaftliche Entwicklung kann nur dann auf Dauer funktionieren, wenn sie die Erfordernisse des Gemeinwohls berücksichtigt, weil sie nur dann eine breite Akzeptanz erfährt.

Bei „Wasserburg & Wirtschaft“ denken die meisten zuerst an die ansässigen milchverarbeitenden Betriebe, die in der Tat einen wichtigen Faktor darstellen und einen großen Anteil am Gewerbesteueraufkommen tragen. Gerne wird jedoch übersehen, dass der Bereich Pflege und Gesundheit sogar noch mehr Arbeitsplätze in der Stadt sichert.

Der derzeit laufende gemeinsame Klinikneubau von Landkreis und Bezirk in Gabersee ist daher nicht nur für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung im nördlichen Landkreis wichtig, sondern auch ein wichtiger Schritt für den Gesundheitsstandort Wasserburg. Die schlechte Anbindung an den Stadtbus war und ist ein großes Manko des bisherigen Standortes der RoMed-Klinik. In Anbetracht von dann mehr als 1.500 Arbeitsplätzen sowie einem hohen Besucheraufkommen ist unbedingt darauf zu achten, dass das neue Krankenhaus gut ins bestehende Stadtbussystem eingebunden wird. Die derzeit geplanten Lösungen sind allesamt unbefriedigend. Die optimale Lösung wäre, den Stadtbus durchs Klinikgelände fahren zu lassen und die bisherige Haltestelle „Schwesternwohnheim“ durch eine Haltestelle unmittelbar am Klinikneubau zu ersetzen. Die dafür erforderliche direkte Anbindung an die B304 (ausschließlich für Linienbusse und Rettungsfahrzeuge) wird derzeit noch vom zuständigen Straßenbauamt abgelehnt. Hier ist es erforderlich, dass sich die beiden Klinikbetreiber (somit Stadt & Landkreis Rosenheim sowie der Bezirk) und die Stadt Wasserburg endlich gemeinsam und mit dem nötigen Nachdruck einsetzen.

Auch die übrigen Standorte der großen Arbeitgeber bzw. arbeitsplatzintensiven Bereiche (Attel, Reitmehring Süd, Tegernau, Altstadt) bedürfen dringend einer deutlich verbesserten Anbindung an den ÖPNV und einer fahrradfreundlichen Erschließung. Die geplante Anbindung von Attel im 2-Stundentakt kann hier nur ein erster kleiner Schritt sein.

Dem drohenden Fachkräftemangel muss begegnet werden, d.h. die ansässigen Firmen sollen zur Ausbildung ermutigt werden. Jedoch zeichnet sich nicht zuletzt durch den demografischen Wandel ab, dass auch Wasserburg seinen Bedarf an qualifizierten Fachkräften nicht ausschließlich aus der bereits ansässigen Bevölkerung heraus wird decken können. Wichtig ist deshalb auch, dass die Stadt als Wohnort für zuziehende Fachkräfte attraktiv bleibt. Dies beinhaltet ein reichhaltiges Kultur- und Freizeitangebot und ein familienfreundliches Umfeld mit einem umfassenden Angebot an Schulen und Betreuungseinrichtungen – all dies ist derzeit vorhanden und muss bewahrt bleiben.

Wichtig ist dabei aber auch ein ausreichendes Angebot an bezahlbarem Wohnraum. Damit die Lage auf dem angespannten Immobilienmarkt durch potenzielle Neubürger*innen nicht zusätzlich verschärft wird, ist die Neuschaffung von zusätzlichem Wohnraum, insbesondere bezahlbarer Mietwohnungen, erforderlich.

Branchenmix breiter aufstellen

Ein krisensicherer Wirtschaftsstandort ist einer, der nach Möglichkeit mehrere Standbeine hat und einen vielfältigen Branchenmix bietet. Die zwischenzeitliche Haushaltssperre im Jahr 2018 war hier eine eindrucksvolle Warnung. Angesichts der nur begrenzt vorhandenen Flächen im Stadtgebiet sollte darauf geachtet werden, dass Neuausweisungen von Gewerbeflächen immer sowohl unter dem Aspekt der Arbeitsplatzdichte als auch der Zukunftsfähigkeit des anzusiedelnden Gewerbes betrachtet werden. Wünschenswert wären hier Betriebe aus dem Bereich erneuerbare Energien, Energie- und Ressourceneffizienz oder Kommunikationstechnologien.

Um Betriebe aus diesen Bereichen in Wasserburg anzusiedeln, ist es nötig, den Anforderungen des digitalen Wandels Rechnung zu tragen. Dazu gehört unter anderem auch ein flächendeckender Ausbau des Breitbandinternets in Wasserburg. Die in den vergangenen Jahren erfolgten Verbesserungen haben dazu geführt, dass die Internetverbindungen im gesamten Stadtgebiet für den privaten Gebrauch zumindest als ausreichend, in den allermeisten Bereichen sogar als gut gelten dürfen.

Weitere Verbesserungen soll der flächendeckende Ausbau der 5G-Technologie bringen. Welche gesundheitlichen Risiken hiermit verbunden sind, ist dabei höchst umstritten. Zumindest bis die Forschung hier genauere Erkenntnisse erlaubt, sind diese Bedenken sehr ernst zu nehmen.

In jedem Fall erfordert eine flächendeckende Versorgung mit 5G-Technologie ein Vielfaches der bisherigen Sendemasten. Hierzu muss es, im Idealfall gemeindeübergreifend, ein Standortkonzept geben, welches die Belastungen der Wohngebiete minimiert und auf dessen Grundlage ein Dialogverfahren mit den Netzbetreibern erfolgen kann.

Mittelzentrumsfunktion stärken, Verhältnis Wasserburg & Umlandgemeinden

Wesentliches Rückgrat des Wirtschaftsstandortes Wasserburg ist seine Funktion als Mittelzentrum des nördlichen Landkreises und darüber hinaus. Diese ist zu stärken und weiter auszubauen. Dabei ist insbesondere die Altstadt zu nennen, die, als Zentrum für Dienstleistung und Einzelhandel, mit vielen Klein- und Familienbetrieben nicht nur das einmalige Flair der Stadt mitbestimmt, sondern auch zahlreiche Arbeitsplätze sichert und zudem durch ihre zentrale Lage ideale Voraussetzungen für eine „Stadt der kurzen Wege“ bietet. Insbesondere ist eine Verbesserung der öffentlichen Verkehrsverbindungen ins nähere und weitere Umland – auch über Landkreisgrenzen hinaus - ein wesentlicher Faktor zur Stärkung des Mittelzentrums Wasserburg. Der neue Nahverkehrsplan von Stadt & Landkreis Rosenheim sieht solche Verbesserungen vor. Dass auch aus den Gebieten des nördlichen Altlandkreises, nun zu den Landkreisen Mühldorf und Erding gehörend, entsprechende Zielsetzungen artikuliert werden, bestätigt die ungebrochene Bindungskraft unserer ehemaligen Kreisstadt. Die tatkräftige Umsetzung der entsprechenden Zielvorgaben im NVP ist deshalb vehement weiterzuverfolgen.

Wasserburg ist im nördlichen Landkreis Identitätsstifter, Kulturstadt, ein Zentrum für Handel, Gewerbe, Gesundheit und Industrie, Schulstadt und noch vieles mehr. All dies wird nicht zuletzt durch ein intaktes und gut vernetztes Umland gewährleistet. Die Sicherung der Mittelzentrumsfunktion ist daher eine zentrale Aufgabe aller Akteure in der Stadt und ist darüber hinaus auch im Interesse der Umlandgemeinden.

Das Verhältnis der Stadt Wasserburg zu seinen Nachbarkommunen muss auch deshalb partnerschaftlich und von diesem gemeinsamen Interesse geprägt sein. Der gemeinsame Flächennutzungsplan ist hierzu ein gelungener Ansatz. Diese Kooperation sollte in Zukunft noch weiter intensiviert und Planungen sollten besser und frühzeitiger miteinander abgestimmt werden. Anstatt sich mit der Schaffung von immer neuen Gewerbegebieten gegenseitig zu überbieten, sollte bei einem weiteren Ausweisungsbedarf eine Kooperation in Form von interkommunalen Gewerbegebieten geprüft werden.

Aufenthaltsqualität steigern – dem Onlinehandel die Stirn bieten

Die Attraktivität in den Stadtzentren bemisst sich nicht nur bzw. immer weniger an der Autofreundlichkeit. Im Gegenteil: Der Einzelhandel auf der „grünen Wiese“ versucht mittlerweile, innerstädtische Strukturen zu kopieren. Ausschlaggebend ist die Erkenntnis, dass Fußgänger*innen im Vergleich zu Autofahrer*innen eine viel höhere „Geldbeuteldichte“ aufweisen, eher spontan verweilen und für Außenwerbung, Schaufenster und Auslagen empfänglicher sind.

Wichtig für die Aufenthaltsqualität und damit die Verweildauer der Kund*innen ist auch die attraktive Gestaltung von Straßenraum und Plätzen. So schön die Stadt auch ist, es gibt noch an der einen oder anderen Ecke Verbesserungsbedarf. Damit jedoch Neugestaltungen keine „Totgeburten“ werden, sind diese immer auf vorhandene oder beabsichtigte Nutzungen abzustimmen. Wer will, dass die Leute an einem Platz verweilen, muss neben der optisch ansprechenden Gestaltung auch einen Grund bieten. Dies kann ein Spielplatz, ein Laden oder eine (Außen-)Gastronomie sein, an anderen Stellen vielleicht auch nur die zu erwartende Ruhe und Abgeschiedenheit. Einen ungenutzten Platz einfach nur schön gestalten und dann darauf zu warten, dass sich in der Folge schon irgendeine Nutzung einstellt, ist in der Regel nicht von Erfolg gekrönt.

Wir erleben eine Diskrepanz zwischen einem verstärkten Bewusstsein vieler Menschen für die Bedeutung des lokalen Einzelhandels einerseits und eines trotzdem immer stärker werdenden Onlinehandels andererseits. Der Grund hierfür ist häufig auch, dass auch gutwilligen potenziellen Kunden des ansässigen Einzelhandels oft die Zeit und Muße fehlt, in mehreren Geschäften und teilweise erfolglos nach dem gewünschten Artikel zu suchen. Eine gemeinsame Onlineplattform des örtlichen Einzelhandels, auf der man zuvor nachschauen kann, in welchem Geschäft man den gewünschten Artikel findet, ob er derzeit vorrätig ist und ob er ggf. bestellt werden kann, könnte hier Vieles zum Positiven verändern.

Die Einrichtung eines Altstadtmanagements ist dem Integrierten Städtebaulichen Entwicklungs-konzept (ISEK) zufolge ein zentraler Baustein für eine kontinuierliche, standortbezogene und akteursübergreifende Entwicklung und Vermarktung der Altstadt. Es wurde im Rahmen des ISEK-Prozesses klar aufgezeigt, dass diese Aufgabe nicht nebenher von den bereits (größtenteils ehrenamtlich) tätigen Akteur*innen erledigt werden kann.

Auf unseren Grünen Antrag hin laufen derzeit fraktionsübergreifend Vorüberlegungen, wie ein professionelles Altstadtmanagement implementiert werden kann. Wir wollen diesen Prozess weiter konstruktiv begleiten und versprechen uns davon deutlich positive Impulse.

Mischnutzung fördern, Brachen beleben

Angesichts sich dramatisch verändernder Rahmenbedingungen (demografischer Wandel, Peak Oil mit der untrennbar verbundenen Verkehrswende usw.) ist für einen langfristig attraktiven Wirtschaftsstandort künftig vor allem die Kürze der täglichen Wege ausschlaggebend. Dies verlangt eine Abkehr von der Spezialisierung von Flächen nach Nutzungsarten und die Schaffung von Mischstrukturen aus Wohnen, Handel, Dienstleistung, Gastronomie, Ärzten etc.

Eine besondere Bedeutung kommt hier auch der Reaktivierung zentraler Brachflächen oder der Neuüberplanung größerer Flächen und Gebäude in zentraler Lage zu (z.B. Nachnutzung des derzeitigen Feuerwehrhauses, Burkhard-Gelände, Wertstoffhof, Kaserne). Hier gilt es, Nutzungen zu finden, für die ein nachgewiesener Bedarf besteht und auch einmal innovative Wege zu gehen, statt immer nur nach der einfachsten oder kurzfristig billigsten Lösung zu suchen.

Kapitel 5: Bürgerschaftliches Engagement, Information und Transparenz

Bürgerschaftliches Engagement stärken

Bürgerschaftliches Engagement ist ein zentrales Element einer lebendigen und bunten Stadtgesellschaft. Viele Initiativen, Verbände, Vereine und auch die lokale Agendagruppe tragen zum Meinungsbildungsprozess in Wasserburg bei.

Leider wurde eine aktive frühzeitige Beteiligung der Bürger*innen in den letzten Jahren durch zu späte oder ungenügende Information durch die Stadt oftmals versäumt oder unbefriedigend durchgeführt. Insbesondere während des ISEK-Prozesses gestalteten sich die Beteiligungsrunden für Bürger*innen eher als dröge Frontalvorlesung. Auch sonst ist es oftmals nicht gelungen, rechtzeitig wesentliche Planungen vorzustellen und eine breite Öffentlichkeit zu informieren. Zu häufig herrscht bei Bürgermeister und Verwaltung noch die Vorstellung, die Bürger*innen erst zu beteiligen, wenn im Grunde alles spruchreif ist.

Wir GRÜNE wollen daher eine frühzeitige Information der Bürger*innen mit umfassender Vorstellung der Planungen. Es soll für die Stadtverwaltung selbstverständlich werden, schon erste Konzepte und Planungen vorzustellen und für ausreichende Diskussionsmöglichkeiten und Diskussionsplattformen online und durch Veranstaltungen vor Ort zu sorgen.

Wir setzen uns für einen Bürgerhaushalt, also einen eigenständigen, regelmäßigen Diskussionsprozess zu Haushaltsfragen mit den Bürger*innen ein. Sie sollen durch Teilhabe an Einfluss gewinnen und mitentscheiden, wofür Mittel zur Verfügung gestellt werden. Vor allem, wenn ein Bürgerhaushalt sich nicht nur auf kleinteilige Änderungen beschränkt, sondern auch große Fragen der Stadtpolitik aufgreift, fördert er auch das demokratische Engagement der Bürger*innen.

Grundlegende Voraussetzung für ein erfolgreiches Gelingen der bürgerschaftlichen Partizipation und Kontrolle in Haushaltsfragen ist aber eine übersichtlichere Darstellung der Struktur des städtischen Haushalts, also ein „lesbarer Haushalt“. Neue Medien und Internetplattformen können diese Modernisierung unterstützen und veranschaulichen.

Demokratie erfordert Transparenz und Kontrolle. Das Handeln öffentlicher Verwaltungen sollte für die Bürger*innen prinzipiell offen zugänglich sein. Das heißt, Informationen sind prinzipiell frei zugänglich, außer ein besonderer Grund steht dem ausnahmsweise entgegen. Inzwischen haben mehr als 50 Kommunen in Bayern eine Informationsfreiheitssatzung erlassen. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass auch Wasserburg den Bürger*innen ein allgemeines Zugangsrecht zu Behördenunterlagen der Stadt gewährt. Dabei sollen die bisherigen Erfahrungen anderer Kommunen geprüft werden und ggf. in die Wasserburger Satzung mit einfließen.

Datenschutz

Datenschutz ist ein Querschnittsthema für alle Politikebenen und Politikbereiche. Auch die Stadt Wasserburg hat hier vielfältige Möglichkeiten zu handeln.

Wir stehen für die Grundsätze des Datenschutzes über die Einhaltung gesetzlicher Mindeststandards hinaus: Zweckbindung (nur unbedingt erforderliche Daten werden gespeichert), Datensparsamkeit (so viel wie nötig – so wenig wie möglich) und Transparenz (Bürger*innen wissen, wer was wie lange und warum über sie speichert). Die europäischen, die deutschen und die bayerischen Datenschutzbestimmungen müssen in Wasserburg natürlich eingehalten werden.

Inklusion – weltoffenes Wasserburg

„Grüne Migrationspolitik" zielt auf eine zivile Stadtgesellschaft ab, in der sich möglichst alle als Teil des Ganzen verstehen. Wir wollen Chancengleichheit für alle Bürger*innen realisieren, indem wir ausgleichend zwischen allen Bevölkerungsgruppen wirken. Unterstützungs- und Beratungsstrukturen in der Stadtgesellschaft müssen weiter ausgebaut, vernetzt und bekannt gemacht werden. Dazu werden wir uns für Projekte im Bereich der Bildung, des Gesundheitswesens und der Kultur einsetzen, in denen alle gemeinsam wirken können.

In Wasserburg haben etwa 25 % der Menschen einen Migrationshintergrund. Die Kulturen ihrer Herkunftsländer sind ihre persönliche Identität und tragen darüber hinaus zur kulturellen Vielfalt und Weltoffenheit unserer Stadt bei.

Bei der Aufnahme von Geflüchteten wurde auch in Wasserburg gerade durch ehrenamtliches, bürgerschaftliches Engagement Großartiges geleistet. Es wurden über dieses Engagement Strukturen geschaffen, die bis heute fortbestehen, auch wenn durch die rigide Abschottungspolitik der EU die Zahl der Geflüchteten, die es bis zu uns schaffen, mittlerweile stark abgenommen hat.

Nun müssen Wege und Anreize gefunden werden, dass sich alle Migrant*innen (auch, aber nicht nur Geflüchtete) stärker am öffentlichen Leben unserer Stadt beteiligen und sich selbstverständlich in diesem auch wiederfinden. Projekte der Migrationskultur wollen wir GRÜNEN deshalb gezielt unterstützen und fördern.

Der Zugang zum Ehrenamt muss erleichtert und durch gezielte Förderung auch für jüngere Mitbürger*innen attraktiver werden.

Das friedliche Miteinander aller Menschen unabhängig von Lebensalter, Herkunft, Religion, einer möglichen Behinderung oder der sexuellen Orientierung ist unabdingbarer Bestandteil der Wasserburger Identität.

Diskriminierung, Ausgrenzung und Rechtextremismus sollen bei uns auch weiterhin keinen Platz haben. Das Aufkommen rechtsextremer, populistischer und fremdenfeindlicher Kräfte in Deutschland zeigt leider, dass dies keine Selbstverständlichkeit ist. Dauerhafte und anlassbedingte Initiativen gegen rechtsextremes Gedankengut sollen sich deshalb der vollen Unterstützung durch die Stadt sicher sein können.

Gerade in einer Zeit, in der die Zeitzeug*innen der NS-Diktatur immer weniger werden, ist es wichtig, an die Folgen von Rassismus und Faschismus und damit an die Bedeutung einer offenen Gesellschaft, der Bewahrung der Würde eines jeden Menschen, dem Schutz Menschenrechte und eines pluralistischen, demokratischen Rechtsstaates zu erinnern.

Auf grünen Antrag hin befindet sich ein Mahnmal für die Opfer der T4-Aktion aus Attel und Gabersee nun vor der Vollendung. Eine begleitende Dokumentation läuft. Der Abschluss dieser Arbeiten darf aber nicht der Abschluss der Erinnerungskultur sein. Zu viele Aspekte der NS-Herrschaft in und um Wasserburg sind bisher nicht oder nur unzureichend aufgearbeitet. Das städtische Archiv- und Museumsamt leistet hier unterstützt von ehrenamtlichen Helfer*innenn wie dem Heimatverein hervorragende Arbeit. Die Zusammenarbeit mit den Schulen im Stadtgebiet und im Umland bedeutet wertvolle Präventionsarbeit. All dies muss weiterhin und künftig verstärkt von der Stadt gefördert werden.

Wir GRÜNE möchten, dass Wasserburg eine nachhaltige Bürger*innenkommune wird. Das verantwortungsbewusste Zusammenwirken der Akteur*innen in Politik und Verwaltung sowie aller Bürger*innen setzt neue Kräfte frei und findet kreative Lösungen für die Bearbeitung aktueller Herausforderungen: Umgang mit dem demografischen Wandel, Sicherung der kommunalen Finanzkraft, Klima- und Ressourcenschutz, Standortwettbewerb, Familienfreundlichkeit, Bildung und vieles mehr.

WEIL WIR HIER LEBEN